

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 18 (1943)
Heft: 12

Artikel: Um das Grosskraftwerk Hinterrhein
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101585>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soziale Neuordnung, das Gebot der Stunde

Der Ansprache des Präsidenten der Zürcher protestantischen Kirchensynode zur Eröffnung der letzten Sitzung entnehmen wir die folgenden Stellen, die umso bemerkenswerter sind, als der Redner, Dr. Wolff, das Amt eines Obergerichters bekleidet:

In einer Stunde nahender großer Entscheidungen sieht sich die Kirche nicht zuletzt auch vor die Aufgabe gestellt,

für die soziale und damit auch die wirtschaftliche Neugestaltung der Schweiz

einzutreten. Keinem aufmerksamen Beobachter kann entgehen, daß die soziale Gärung in unserem Volke zunimmt durch die wachsende Not auf der einen Seite und die gewaltige Bereicherung auf der andern Seite, man denke nur an die riesigen Gewinne, die gewisse Unternehmungen aus der Rüstungskonjunktur ziehen. An der letzten Jahresversammlung der Schweizerischen Winterhilfe wurden einige aufschlußreiche Zahlen mitgeteilt, die Einblicke in unsere derzeitigen sozialen Verhältnisse erlauben. Im letzten Winter benötigten 220 000 Menschen eine Unterstützung in irgendwelcher Form. Bezeichnend ist, daß die Zahl der Hilfesuchenden in den letzten drei Wintern sprunghaft stieg, von 50 000 über 150 000 auf 220 000. Daraus ergibt sich der zwingende Schluß, daß es in unserem Lande immer mehr Menschen gibt, die in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Vielleicht am aufschlußreichsten und zugleich am beschämendsten für unsere sozialen Zustände ist die Tatsache, daß nach dem Ergebnis einzelner statistischer Erhebungen schon jetzt beträchtliche Bevölkerungskreise nicht mehr in der Lage sind, die ganzen ihnen zugeteilten Rationen nötigster Lebensmittel zu kaufen. So ist es nicht zu verwundern, daß die sozialen Spannungen in stetem Wachsen begriffen sind, und daß der

Schatten der sozialen Revolution wieder an der Wand erscheint.

Man braucht kein Prophet zu sein, um besonders auch die in der Zukunft schlummernden Gefahren in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht vorauszusehen und zu erkennen, daß schwere Kämpfe zwischen Besitz und Arbeit bevorstehen, zumal da wirtschaftliche Krisen mit dem Kriegsende nicht ausbleiben werden. Wir sind damit auf das sehr zentrale Problem des innern Friedens gekommen, der jetzt mit Berufung auf die äußere Gefahr gefordert wird. Zu seiner Sicherung dient auch die Losung vom Arbeitsfrieden, die jetzt durch das Land geht und auch auf unserer Traktandenliste erscheint. Gewiß meinen es viele mit dieser Losung ehrlich und sehen darin eine wirkliche Überwindung des Klassenkampfes und eine Lösung der ganzen sozialen Frage. Es kann indessen nicht verschwiegen werden, daß, wie betrübliche Vorfälle in jüngster Zeit bewiesen haben, für mächtige Kreise ihrer Befürworter jene Friedenslosung nur ein Mittel zur Beschwichtigung und Zähmung der Arbeiter ist. Wohl ist der Friede ein hohes Gut, über ihm aber steht die Gerechtigkeit. Wenn der Friede nur durch Unterwerfung unter Unrecht zu bewahren ist, ist er geradezu unsittlich, und der Kampf wird dann zur Notwendigkeit.

Es gibt jedoch im sozialen wie im Völkerleben einen dauerhaften Frieden niemals durch Machtpolitik, sondern nur durch Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit. Wirklicher Friede kann nur eintreten in dem Maße, als an die Stelle des Geldes der Mensch, an die Stelle des Profits die Arbeit und an die Stelle der Ausbeutung der Dienst tritt. Als Kirche haben wir uns dafür einzusetzen, daß unser Staat nicht mehr länger dieser Aufgabe aus dem Wege geht.

Um das Großkraftwerk Hinterrhein

Die öffentliche Meinung wird gegenwärtig wieder kräftig zugunsten des Großkraftwerkes Hinterrhein bearbeitet. So auch in der letzten Nummer des «Wohnen». Es sei daher gestattet, daß auch an diesem Ort ein anderer Gesichtspunkt ebenfalls zur Geltung gebracht wird. Die Not des Augenblicks darf uns für denselben nicht blind machen.

Ist es nicht etwas Widernatürliches, eine Talschaft, die in jahrhundertlanger Arbeit den Naturgewalten abgerungen und zur Heimstätte eines gesunden Gemeinwesens mit stolzer Geschichte gemacht worden ist, zu einem so wesentlichen Teil kurzerhand — man entschuldige den Ausdruck — zu ersäufen und das mit dem Schweiß vieler Generationen Geschaffene, das gewiß in keiner Weise als Fehlleitung angesprochen werden kann (könnte man das doch von allen Leistungen der modernen Zivilisation sagen!), zu zerstören? Haben wir das Recht dazu, nur um wirtschaft-

licher Vorteile willen, selbst wenn diese zahlenmäßig nach unserer üblichen «realistischen» Rechnungsweise recht bedeutend sind? Muß an einer Wirtschaft, einer Technik, einer solchen Rechnungsweise, die ohne einen solchen brutalen Eingriff nicht auszukommen glaubt, nicht etwas falsch sein? Haben wir da das Recht, ihn gar gegen den einmütigen Willen der am direktesten Betroffenen erzwingen zu wollen? Sollte nicht gerade in den Kreisen um «Das Wohnen», deren Anliegen sich doch nicht in der Schaffung und Beschaffung guter und billiger Wohnungen erschöpft, Verständnis auch für diese Seite des Problems zu finden sein?

Wenn von den Rheinwaldnern ein solches Opfer verlangt werden soll — und ein Opfer ist es trotz allen Vergünstigungen und Erleichterungen und trotz den «im Heimatstil zu erbauenden neuen Gütern» — mit der Berufung auf eine nationale Notwendigkeit, so könnte man mit ebensoviel Recht den Geldgebern zu-



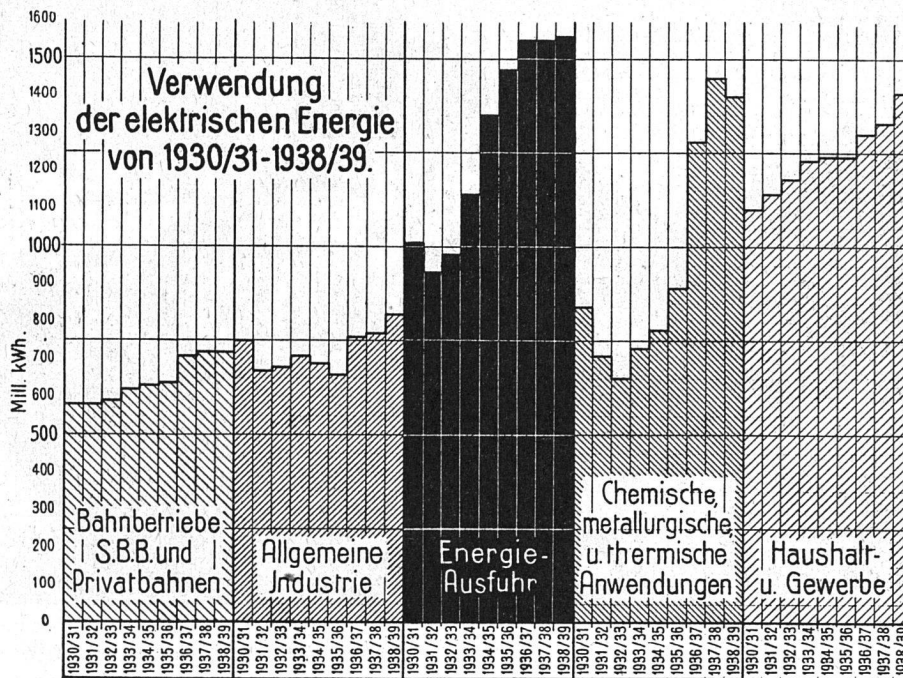
Dorfpartie aus Splügen mit walserischen Holzhäusern und Steinbauten aus der Zeit des Passverkehrs



Talgrund mit Blick auf Einshorn und die Gletscher des Adulamassivs

muten, daß sie im selben überragenden Landesinteresse das erforderliche Kapital zu einem Vorzugszins zur Verfügung stellen, der den Bau der Alternativwerke wirtschaftlich gestalten würde. Technisch sind ja auch

Riesenstauwerke für alle Zeiten das letzte Wort in der Energieerzeugung und -speicherung sein werden. Wenn aber das Rheinwald einmal unter Wasser gesetzt ist und das Dorf Splügen und seine Matten und die-



diese durchaus ausführbar, der Haken ist nur in den höhern Anlagekosten, mit andern Worten dem größeren zu verzinsenden Kapital.

Gewiß, auch die Arbeiter mußten Opfer auf sich nehmen, wenn sie arbeitslos wurden, und man war auch nicht zimperlich mit ihnen, — aber ein Unrecht gegenüber dem A plus ein anderes Unrecht gegenüber dem B ergibt noch lange kein Recht.

Übrigens steht die Technik bekanntlich nicht still, und wer wollte sich vermessen, zu sagen, daß diese

jenigen von Medels vom Bachgeschiebe und Gletscherschlamm überdeckt sind, so sind und bleiben sie verwüstet.

Auch unter einem andern Gesichtspunkt wird sich dieser und jener nach gewissen Kriegsereignissen und einer neulichen Vernehmlassung aus dem Bundeshaus über Maßnahmen betreffend Sicherheit von Stauwerken seine Gedanken gemacht haben über die Frage: Mammutwerke oder Dezentralisation? O.

Klischees aus der Broschüre «Rheinwald».

Gegen die Bewilligungspflicht

Im «Schweizerischen Konsumverein» lesen wir die folgenden leider nur zu wahren Worte über die Bewilligungspflicht für gewerbliche Betriebe:

«Es besteht gar kein Zweifel, daß, wenn einmal das Institut der Bewilligungspflicht geschaffen wäre und das «Büro», der grüne Tisch, die Politik, die Sympathie und Antipathie

in den Kantonen auch in dieser Frage in Funktion treten würden, trotz allen gesetzlichen Sicherungen doch sehr leicht ein Regiment der Willkür einsetzen könnte, das zu verhüten die Konsumentenorganisationen in Wahrung von Interessen der Allgemeinheit und nicht von Sondergruppen alle Energie aufbringen müssen.»

Die Käsepreise um 20 Rappen erhöht!

Ab 1. Dezember werden die Käsepreise für vollfette Käse um 20 Rp. je Kilo erhöht. Die Begründung, die Direktor O. Langhard, zugleich Chef der Sektion Milch und Milchprodukte beim Eidgenössischen Kriegsernährungsamt für diese Preiserhöhung geben konnte, sind aufschlußreich.

So mußte er mitteilen, daß die Berechnungen der «zuständigen Stellen» (welche Stellen sind da wohl gemeint?) eigentlich zu einem Aufschlag von Fr. 25.— pro hundert Kilo Anlaß gegeben hätten. Die Eidgenössische Preiskontrollstelle

habe aber dieser Forderung nicht stattgegeben, sondern nur einen Aufschlag auf Fr. 20.— zugebilligt. (Danach also ist die Eidgenössische Preiskontrollstelle keine zuständige Stelle für die Preisberechnung auf Käse).

Die Preiserhöhung sei, so erläuterte Direktor Langhard weiter, einmal bedingt vor allem durch die Qualitätsprämien an die Bauern als Milchlieferanten. Mit andern Worten: schlechtere Milch erzielt einen Normalpreis, auch in dieser Notzeit, qualitativ hochstehende Milch erfordert einen Zu-